

[6-9.doc]

Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:

Frau Vorsteherin,

meine Damen und Herren!

Herr Müller, die CDU hat eine klare Position. Wenn TTIP scheitert, ist eine große Chance vertan, die europäische Wirtschaftskraft zu stärken - und dies nicht nur im ökonomischen Sinne. Es besteht dann die Gefahr, dass sich Deutschlands größter und wichtigster Handelspartner den aufstrebenden Märkten Asiens, insbesondere Chinas, zuwendet und dann die Standards der Weltwirtschaft in Technologie, Umweltschutz und Kultur von dort bestimmt werden, ohne Europa ins Aushandeln derselben einzubeziehen!:-

(Beifall)

Wie sich dann der Markt deutscher beziehungsweise europäischer Produkte entwickeln wird, insbesondere aber auch die Preisgestaltung, ist nicht erfreulich vorhersehbar, vielmehr eher skeptisch zu betrachten. Der dann zu erwartende Wettbewerb am Weltmarkt könnte für uns und die gesamte Europäische Union auf längere Sicht ruinös sein, auch mit den entsprechenden Folgen für unsere Wirtschaftsteilnehmer und für die mittelständischen Unternehmen, die die LINKE. mit ihrer pauschalen Ablehnung des Abkommens angeblich unterstützen möchte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wo keine Wirtschaftskraft ist und die Unternehmen ums Überleben kämpfen müssen, leiden auch die hart erkämpften Arbeitnehmerrechte. Ein Blick auf Griechenland mag da für den Erkenntnisgewinn hilfreich sein. Das, meine Damen und Herren, können wir so nicht wollen. Deshalb ist die CDU-Fraktion auch nicht generell gegen TTIP und CETA und unterstützt die dagegen gerichtete Großdemonstration nicht. Den Antrag der LINKE. lehnen wir als ideologisch motiviert entschieden ab.

(Beifall)

Wir wünschen uns vielmehr die Veränderungen im Vertragsentwurf, die das Abkommen im Sinne der eigenen Interessen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union voranbringen. Auf der kommunalen Ebene, auf der wir uns befinden, setzen wir uns für die Fortschritte ein, die den Kommunen und damit auch Frankfurt dienen. Das sind: Sicherung der Handlungsfähigkeit im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, Investorenschutz durch eine zeitgemäße Investitionsgerichtsbarkeit unter öffentlicher Kontrolle, Absicherung des Regelungsrechts der Regierungen, sodass es den Mitgliedstaaten der EU und den USA möglich bleibt, Gesetze oder andere Maßnahmen mit allgemeiner Geltung zum Schutz von Umwelt und Gesundheit oder Arbeitnehmerrechten zu ergreifen, ohne dass sie sich nach TTIP gegenüber Investoren schadensersatzpflichtig machen - das ist die Befürchtung -, kein Absenken erreichter Standards - es sollte jeweils der Beste zum Zuge kommen -, und schließlich größere Transparenz der Verhandlungen, auch um Ängsten, die durch Nichtwissen genährt, ich möchte sagen, geschürt werden, vorzubeugen.

(Beifall)

Diesen Anliegen tragen die kommunalen Spitzenverbände bereits effektiv Rechnung, soweit sie von der Kommission nicht übernommen wurden. Hoffnung besteht auch bezüglich der äußerst kritisch zu bewertenden ursprünglichen Vorstellung der Europäischen Union zu den sogenannten Investorenschutzverfahren im Rahmen einer intransparenten Schiedsgerichtsbarkeit. Hier haben die von vielen Seiten, nicht zuletzt auch aus Kreisen der Justiz vorgetragenen Bedenken zu einer Veränderung der Position der Europäischen Union geführt. Nachdem das Europäische Parlament aufgrund eines öffentlichen Konsultationsverfahrens eine entsprechende Resolution verfasst hatte, schlug die Kommission im September 2015 ein neues und transparentes Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten vor.

Die ursprünglich vorgesehene Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit soll nun durch eine, wie es heißt, neue zeitgemäße Investitionsgerichtsbarkeit nach demokratischen Grundsätzen unter öffentlicher Kontrolle ersetzt werden. Diese neue Position soll nun bei allen Verhandlungen der EU zugrunde gelegt werden. Auch bei den Gesprächen zwischen der EU und den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP. Auf diesen neuen Ansatz bei Investitionen haben sich die EU und Kanada im CETA bereits verständigt. Das ist erfreulich! Die neue Investitionsgerichtsbarkeit wird aus einem Gericht erster Instanz und einem Berufungsgericht bestehen. Die Urteile sollen, wie es heißt, von öffentlich bestellten, hoch qualifizierten Richterinnen und Richtern gefällt werden, vergleichbar der Mitglieder ständiger internationaler Gerichte. Das Regelungsrecht der Regierungen soll in den Handels- und Investitionsabkommen garantiert werden. Einen entsprechenden Textvorschlag übermittelte die Kommission im November 2015 an die USA. Unser Ziel sollte vernünftigerweise ein darauf aufbauender Verhandlungserfolg sein! Angesichts des großen gesamtwirtschaftlichen Nutzens, den die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada für den EU-Wirtschaftsraum erwarten lassen, ist die von einzelnen Wirtschaftsministern neuerdings geäußerte Skepsis befremdlich!

Die jeweiligen Regierungen und auch der deutsche Bundeswirtschaftsminister sollten sich vielmehr für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen im dargestellten Sinne vehement einsetzen!:-

(Beifall)

Wankelmütige Äußerungen irritieren alle, was die vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft kürzlich in einem Brief an Wirtschaftsminister Gabriel deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Gemäß dem heute zur Abstimmung stehenden Antrag der LINKE. soll wohl die geplante Demonstration Demokratie und Rechtsstaat fördern und die Kommunen stärken. Weder das eine noch das andere, meine Damen und Herren, wird nach unserer Auffassung durch die fundamentale Ablehnung gefördert. Auch die Kommunen sind nur stark, wenn Wirtschaftskraft vorhanden ist, die Arbeitsplätze schafft und Steuern generiert!:-

(Beifall)

Presseberichten zufolge wird Oberbürgermeister Feldmann auf der geplanten Demonstration zu den Teilnehmern sprechen. Dieses zunächst befremdlich anmutende Vorhaben lässt aber hoffen, dass er seine positive Haltung in der Fragestunde der Plenarsitzung, die er bei der Beantwortung einer Frage im vergangenen Juni im Zusammenhang mit dem Positionspapier des Deutschen Städtetags und dem Magistratsbericht B 146 vom Mai dieses Jahres auf der Basis der geschilderten Entwicklung der Verhandlungsposition der Kommission zeigte, vertieft und damit zur Versachlichung der Diskussion beiträgt. Das hoffen viele jedenfalls!:-

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)